



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Pressemitteilung

„Einigung bei Finanztransaktionsteuer in Sicht“

Nach langem Ringen haben sich am Montag die zehn europäischen Finanzminister der Verstärkten Zusammenarbeit auf die Grundzüge einer Finanztransaktionsteuer geeinigt. Die beteiligten Staaten sind Deutschland, Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien.

Dazu erklärt Sarah Ryglewski, MdB und Mitglied für die SPD im Finanzausschuss:

"Dies ist ein großer Erfolg für all diejenigen, die seit Jahren dafür kämpfen, dass der Finanzsektor an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt wird. Die SPD fordert die Steuer schon seit Jahren, um Banken, Fonds und Versicherer stärker in die Pflicht zu nehmen. Nicht zuletzt hat sich in der Finanz- und Eurokrise deutlich gezeigt, wie notwendig die Besteuerung von Finanztransaktionen ist. Denn damit wollen wir nicht nur öffentliche Aufgaben finanzieren, Spekulationen bremsen und den Finanzsektor stabilisieren, sondern auch die Verursacher der Krise an ihren Kosten beteiligen.

Natürlich wollen wir langfristig eine EU-weite Steuer. Das Grundgerüst der Finanztransaktionsteuer, auf das sich die Finanzminister der Verstärkten Zusammenarbeit jetzt nach jahrelangen Verhandlungen, die immer wieder kurz vor dem Scheitern standen, geeinigt haben, ist aber ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung. Das ist ein klarer Erfolg der SPD, die dafür gesorgt hat, dass die Finanztransaktionsteuer im Koalitionsvertrag steht und im Deutschen Bundestag den Druck aufrecht erhalten hat – auch gegen das zögerliche Agieren von Union und Bundesfinanzminister Schäuble. Letzterer war zuletzt bereits von der europäischen Steuer abgerückt – zu Gunsten einer globalen Finanztransaktionsteuer, deren Erfolgchancen jedoch gegen Null gehen.

Es ist gut, dass die vorläufige Einigung ohne weitgehende Ausnahmen und Schlupflöcher auskommt. Es gilt eine Kombination von Residenz- und Ausgabeprinzip. Das heißt es werden alle Transaktionen besteuert, die von Finanzinstituten durchgeführt werden, die ihren Sitz in einem der zehn Staaten haben (Residenzprinzip), sowie alle Transaktionen mit Instrumenten, die in einem der zehn Staaten ausgegeben wurden (Ausgabeprinzip). Dadurch werden Ausweichbewegungen stark erschwert. Außerdem werden alle Derivate besteuert, außer diejenigen, die sich direkt auf Staatsanleihen beziehen.

Allerdings gibt es auch noch Nachbesserungsbedarf: Insbesondere brauchen wir zügig einen verbindlichen Zeitplan für die Einführung der einzelnen Elemente der Finanztransaktionsteuer.

Bis zum Ende des Jahres will die Europäische Kommission nun einen endgültigen Richtlinienvorschlag vorlegen. Wir werden dafür kämpfen, dass die Einigung nicht verwässert wird und es zügig zum Abschluss kommt. Dann könnte die Finanztransaktionsteuer bereits ab 2018 erhoben werden."